
MATERIALIEN ZUM BROKDORF PROZESS GEGEN U. LENZE UND J. SCHEER

INHALT

Vorbemerkungen.....	S. 2
Überblick über die Ereignisse....	S. 4
Anklageschrift (Auszüge).....	S. 8
Wer sind die Angeklagten?.....	S. 18
Dokumente.....	S. 20

8. MAI 1979

Am ~~7. November 1978~~ soll vor der Großen Strafkammer des Landgerichts Itzehoe der Prozeß gegen Ulrich Lenze, Funktionär der KPD, und Prof. Dr. Jens Scheer, Atomphysiker an der Universität Bremen, beginnen. Sie sind wegen ihrer Teilnahme an der Demonstration gegen das geplante Atomkraftwerk Brokdorf am 13.11.1976 des 'besonders schweren Landfriedensbruchs' in Verbindung mit 'Rädelsführerschaft', der 'Aufforderung zu strafbaren Handlungen' und der 'Leitung einer nicht genehmigten Versammlung unter freiem Himmel' angeklagt.

Bekanntlich hat die Bewegung gegen die Atomkraftwerke in der BRD, deren bekannteste Stationen die Massendemonstrationen in Why!, Brokdorf, Grohnde und Kalkar waren, massiv die Justiz auf den Plan gerufen. Nachdem bereits in zahlreichen Prozessen AKW-Gegner zu 'kriminellen Gewalttättern' erklärt und zu Geld- oder Haftstrafen verurteilt wurden, stellt das bevorstehende Verfahren gegen Lenze und Scheer wohl den bisher aufwendigsten Prozeß gegen die Anti-AKW-Bewegung dar.

Im Folgenden werden die wichtigsten Passagen der Anklageschrift veröffentlicht und die Ereignisse um die Demonstration der 30 000 gegen das AKW-Brokdorf am 13. November 76 dokumentiert.

Neben der nachstehend auszugsweise abgedruckten Anklageschrift werfen vor allem Form und Inhalt der in den letzten zwei Jahren geführten Ermittlungen gegen Lenze und Scheer ein bezeichnendes Bild auf den geplanten Charakter des Prozesses.

Die Staatsanwaltschaft hat eine mehrbändige Ermittlungsakte vorgelegt, die neben den umfangreichen Aussagen von über zwei Dutzend Polizeizeugen mehrere Sonderbände mit Fotos sowie ausführliche 'Erkenntnisse' über den persönlichen und politischen Werdegang der beiden Angeklagten und die KPD enthält.

Unter den Fotografien, die fast ausschließlich die allgemeine Situation während der Demonstration und die Lage am Bauplatz nach der Demonstration darstellen, befinden sich u.a. auch einige - für den Gegenstand des Verfahrens eigentlich undeutende - Fotos, die mit einem Teleobjektiv heimlich von dem Angeklagten Lenze vor seiner Wohnung gemacht wurden. Aus der Akte ergibt sich, daß Lenze im Jahre 1977 mehrfach auf diese

Weise beschattet und fotografiert wurde, daß anschließend auf seinem Weg zum Arbeitsplatz 'routinemäßige Polizeikontrollen' durchgeführt wurden - angeblich um die Identität des Angeklagten festzustellen.

In ähnlicher Weise werden in den Ermittlungsakten als kriminalpolizeiliche Erkenntnisse u.a. die Tatsache aufgeführt, daß der Wagen des Angeklagten Scheer bei einer Demonstration gegen den Springer-Verlag in Westberlin nach dem Attentat auf Rudi Dutschke im April 1968 in der Nähe des "PKW der Halterin Ulrike Röhl, geb. Meinhof" geparkt wurde, oder daß sich unter 24 Festgenommenen anlässlich einer Institutsbesetzung an der Universität Hamburg im Juli 1969 nicht nur der Angeklagte Lenze befunden habe, sondern auch eine Frau, die heute auf Grund eines Haftbefehls wegen §129 StGB gesucht werde.

Die auf diese Weise angestrebte Kriminalisierung der Angeklagten im Vorfeld des Prozesses setzt sich fort in der Weigerung des Hauptbelastungszeugen, in den Akten seine Adresse aufzuführen zu lassen - mit der Begründung, er fühle sich durch die Angeklagten und ihre Rechtsanwälte bedroht!

Andere Zeugen in diesem Verfahren bleiben noch mehr im Dunkeln. Die Urheber zahlreicher 'Beobachtungen' auf Veranstaltungen von AKW-Gegnern und der KPD vor und nach der Brokdorf-Demonstration vom 13.11.76 werden in der Ermittlungsakte namentlich nicht genannt und werden im Prozeß auch nicht auftreten. Ihre Aussagen werden im Prozeß von "Zeugen vom Hörensagen" - d.h. normalen Kripo-Beamten - vorgetragen werden.

Neben dieser Kriminalisierung im Vorfeld und den möglichen strafrechtlichen Folgen erhält das Verfahren noch eine weitere Dimension: Lenze und Scheer sollen nicht nur stellvertretend für die 30 000 Demonstranten verurteilt werden, sondern auch für die Schadensersatzforderungen in Höhe von über 330 000.-DM (vgl. Anklageschrift) herangezogen werden. Die Betreiberin des AKW, die "Nordwestdeutschen Kraftwerke" (NWK) ist als Nebenklägerin zugelassen.

Wegen weiterer Informationen zum Prozeß sollte man sich wenden an:

Ulrich Lenze
Eimsbüttler Chaussee 21, 2 Hamburg 19
Tel. (040) 438 602 oder

die Anwälte

U. Maeffert
Bahrenfelder Str.
2 Hamburg 50
Tel. 39 16 14

D. Magsam
Ottenser Hauptstr. 41
2 Hamburg 50
Tel. 390 01 03



Spitzelfotos : U. Lenze vor seiner Wohnung

I. Überblick über die Ereignisse, die zur Demonstration am 13. November 1976 in Brokdorf führten

Vorgeschichte

Seit Bekanntwerden des Plans, in Brokdorf ein AKW zu bauen, regt sich der örtliche Widerstand. Im November 1973 wurde in Brokdorf die BÜRGERINITIATIVE UMWELTSCHUTZ UNTERELBE gegründet, die fortan den Kampf koordinierte und organisierte.

Auf Informationsveranstaltungen und in zäher Öffentlichkeitsarbeit trägt die BUU der Öffentlichkeit ihre Bedenken gegen das AKW-Brokdorf vor und gewinnt schnell neue Mitglieder.

In nur 4 Wochen im Herbst 1974 sammelt die BUU über 30 000 (!) Unterschriften gegen die atomrechtliche Genehmigung. 160 Bürger formulieren eigene Einsprüche. Obgleich alle Einwendung diskutiert, zumindest aber gehört werden müßten, wird der Erörterungstermin nach 4 Tagen abgebrochen !

Die BUU führt ihre Informationsarbeit weiter und läßt sich von dieser Farce von Erörterungstermin nicht davon abhalten, immer neue Formen der Öffentlichkeitsarbeit zu entwickeln. Es entstehen neue Flugblätter, Straßentheater und zahlreiche andere Formen, die darauf vertrauen, daß die besseren Argumente und die erdrückende Anzahl von Gegnern des Projekts in der Bevölkerung, den Bau des AKW letztlich verhindern würden. Hiervon ist die Arbeit des Jahres 1975 geprägt.

Im Dezember erheben 5800 Menschen Einspruch gegen die wasserrechtliche Genehmigung.

Die Erfahrung Wyhl

Im Jahr 1975 beeinflusst aber ein wesentliches Ereignis die Bewegung gegen Atomkraftwerke: Die Bevölkerung, v.a. die Winzer und Bauern des Kaiserstuhls haben, bedroht in ihrer Existenz, den Bauplatz des AKW Wyhl besetzt. Das Beispiel hat vielen gezeigt: praktischer Widerstand ist möglich.

Die demokratische Öffentlichkeit ist aufgerüttelt, erstmals wird die Frage der Atomenergie als Problem aller Teile der Bevölkerung erkannt. Unter diesem Eindruck wird im Dezember 1975 eine "Erklärung der norddeutschen Bürgerinitiativen und Lebensschutzverbände an die Bevölkerung" (Dokument 1) verabschiedet, in der zu einer Bauplatzbesetzung für den Fall des Baubeginns in Brokdorf aufgerufen wird.

Die wasserrechtliche Erörterung

Als im März 1976 der wasserrechtliche Erörterungstermin stattfindet, ist das Bild in Brokdorf und Umgebung vom Kampf gegen das AKW geprägt: Überall hängen Plakate, stehen Stellschilder in Gärten und auf Feldern: NWK und HEW wissen, daß sie hier keine Freunde haben ! Deshalb findet der wasserrechtliche Erörterungstermin im Gegensatz zum atomrechtlichen unter schärfster Abriegelung von der Öffentlichkeit statt. BGS und Polizeihundertschaft-

ten riegeln das Collosseum in Wilster ab. Einwander werden nur unter Polizeischikanen zugelassen.

Zur gleichen Zeit beginnen Polizeimaßnahmen gegen Info-Stände, Protestschilder und die Öffentlichkeitsarbeit der BUU. Die erwünschte Einschüchterung bleibt jedoch aus: In vielen Orten, so auch in Hamburg, bilden sich Initiativgruppen.

Baubeginn Platzbesetzung

Welchen Wert solch massiver Bürgerprotest für die Politiker hat, zeigt sich den Bürgerinitiativen in aller Deutlichkeit, als Ministerpräsident Stoltenberg die Baugenehmigung am 26. November ausspricht: In einer Nacht- und Nebelaktion besetzt die NWK und ihre Baufirmen unter Polizeischutz das Baugelände und errichten sofort starke Sicherungsanlagen. Der Bauplatz soll für die Bürgerinitiativen uneinnehmbar sein.

Im Laufe des Tages kommt es am Bauplatz und in verschiedenen Städten zu Protestaktionen.

Wie beschlossen, ruft die BUU die norddeutschen Bürgerinitiativen und die örtliche Bevölkerung für das folgende Wochenende zum Protest nach Brokdorf. Dem Aufruf folgen 8 000, darunter Delegationen aus dem gesamten Bundesgebiet und dem Ausland.

Im Handstreich wird ein Stück des Bauplatzes besetzt. Trotz anderslautender Absprache eines Pastors mit der Polizeieinsatzleitung, wird das Gelände gegen Abend brutal geräumt, wobei Pferde, Wasserwerfer, Schlagstock und Gas eingesetzt werden. Zahlreiche Demonstranten werden verletzt, werden von der Polizei nach der Verhaftung über den Platz geschleift und noch im Polizeigewahrsam verprügelt und mit Chemical Mace bespritzt.

Am folgenden Tag schon demonstrieren erneut 4000 Menschen, vorwiegend aus der örtlichen Bevölkerung, am Bauplatz.

Als Antwort baut die NWK den Platz zur Festung aus.

Die Presseerklärung der BUU, die am Abend der ersten großen Demonstration abgegeben wird, spiegelt die Empörung der Bürgerinitiativen: Sie fordert Zuchthaus für die Verantwortlichen (Dokument 2).

Die zweite Demonstration am 13. November

Und diese Empörung ist stärker als je zuvor. Umgehend wird zu einer neuen Demonstration aufgerufen. Schnell breitet sich der Aufruf der BUU im gesamten Bundesgebiet aus. Es wird deutlich, daß aus vereinzelt Bürgerprotesten eine breite Bürgerbewegung geworden ist. Im gesamten Bundesgebiet sprechen BUU-Mitglieder auf Veranstaltungen, so auch Prof. Scheer, z.B. auf einer Veranstaltung in Freiburg.

Eine örtliche Veranstaltung der BUU in Hamburg wird (nach Polizeiangaben) von 3 700 Menschen besucht. Auch hier spricht Scheer. Über beide Veranstaltungen liegen der Ermittlungsakte Berichte der Polizei an.

Aber nicht nur die Bespitzelung einzelner AKW-Gegner und ganzer Veranstaltungen sollen die AKW-Gegner einschüchtern: Büchertische und Öffentlichkeitsarbeit werden behindert, und die Polizei räumt ein Zeltlager, das zur Koordinierung

der Demonstration in Brokdorf errichtet werden soll.
Begründung: Das schleswig-holsteinische Landschaftsschutzgesetz !

Trotz dieser Maßnahmen riefen neben der BUU zahlreiche andere Bürgerinitiativen und Lebensschutzverbände, Umweltschutzorganisationen des In- und Auslandes auf nach Brokdorf zu kommen.

Besondere Bedeutung hatte der Aufruf von 42 Pastoren, "um unserer Zukunft willen aktiven Widerstand zu leisten". Ein von ihnen geleiteter Gottesdienst auf freiem Feld symbolisierte die Breite des Bündnisses und der Aktionsformen dieser Demonstration.

Obgleich Am 13. November sind alle Straßen im 10-KM-Radius abgesperrt, alle Kreuzungen werden von der Polizei besetzt gehalten, der Bauplatz ist eine Polizeifestung. Viele Demonstranten müssen kilometerlange Fußmärsche zurücklegen, wobei die Polizei immerwieder versucht, Personalien festzustellen.

Nach dem Feldgottesdienst -es kommen immer noch weitere Personengruppen zu Fuß aus Wilster u.a. Orten an- formiert sich ein Demonstrationzug, der sich am Bauplatz entlang bewegt.

Erst jetzt wird deutlich, was weder Bürgerinitiativen, noch Polizei gerechnet haben: 35 000 Menschen haben sich versammelt, ihrem Protest Ausdruck zu verleihen.

Eine zentrale Leitung der Demonstration ist schon im Vorfeld durch Verbot einer zentralen Lautsprecheranlage unmöglich gemacht worden.

Gegen 13.50 Uhr wird eine hessische Hundertschaft ins Baugelände verlegt, wobei sie den Demonstrationzug durchqueren muß. Um dies durchzusetzen, werden vom Bauplatz durchgeführt. Ein Polizeihubschrauber senkt sich bis auf wenige Meter über die Köpfe der Demonstranten, die sich gegen diesen Übergriff verteidigen.

Nach einer Kundgebung in der Nähe des Bauplatzes versuchen die Demonstranten auf der gesamten Länge der NWK-Straße den Bauplatz zu besetzen. Die Polizei setzt dagegen alle verfügbaren Mittel ein, selbst solche, die u.a. von der Genfer Konvention geächtet sind. Im später in der "Norddeutschen Rundschau" veröffentlichten vertraulichen Polizeibericht heißt es:

6.1 Tränengaseinsatz

Obwohl innerhalb eines Zeitraumes von 7 Stunden von der Polizei 1523 Tränengaswurfkörper eingesetzt und aus den Wasserwerfern 500 l CN/Stämmelösung versprüht wurden, war die Wirkung dieser Einsatzmittel doch verhältnismäßig gering.

Dem Abwurf von Tränengaskörpern aus Hubschraubern in Fächerform auf rückwärtige Störer kommt eine erhebliche Bedeutung zu. Die Einsatzform sollte weiterentwickelt werden.

Tränengaswurfkörper sollten von der Polizei nicht einzeln geworfen werden, da die Schwelstellen von den Demonstranten leicht zu umgehen sind.

Angesichts der militärischen Übermacht der Polizei- und BGS-Armee werden alle Aktionen gegen Abend abgebrochen und der geordnete Rückzug organisiert.

Die Polizei versucht dies überall zu stören, und greift Demonstranten, die sich auf dem rückwärtigen Feld aufhalten im Tiefflug mit Tränengasgeschossen aus Hubschraubern an: Der Polizeibericht hierzu:

Die Einsatzleitung entschloß sich, die letzten Bestände mit Hubschraubern im Flächenwurf auf die rückwärtigen Demonstrationsteilnehmer abzuwerfen. Diese Maßnahme war außerordentlich wirkungsvoll, denn die hier verweilenden Personen hatten keine besonderen Schutzmasken gegen Tränengas und lösten sich sofort auf.

Polizei und BGS führen nun regelrechte Vergeltungsexpeditionen durch, wobei es zu zahlreichen Verletzungen und den meisten Verhaftungen kommt.

Der Polizeibericht militärisch:

Im Schutze von Wasserwerfern traten jetzt zwei Reservehundertschaften - darunter eine Einheit des BGS - zangenförmig zur Räumung der Verbindungsstraße an.

Der Versuch der Polizei, die Arbeit der Sanitätskräfte und Krankenwagen zu behindern, erreicht seinen Höhepunkt, als vor dem Kreiskrankenhaus Sperren errichtet werden, um die Personalien der krankenhausreif geschlagenen Demonstranten festzustellen. Dies wird jedoch durch die Krankenhausleitung, die sich auf ihre ärztliche Schweigepflicht beruft und das beherzte Verhalten eines DRK-Fahrers, der die Polizeisperren einfach überfährt, verhindert.

Aber auch zahlreiche andere Menschen sehen sich in ihren Rechten beschränkt. So der SPD-Landesvorsitzende Jansen, der sich mit einer -inzwischen niedergeschlagenen- Strafanzeige gegen den Gasangriff aus der Luft zur Wehr setzt. Viele Journalisten, die den Polizeieinsatz hautnah gespürt haben, dokumentieren die Demonstration ausführlich und sachlich. Ein Foto-Reporter der "Norddeutschen Rundschau" weigert sich mit Zustimmung der Redaktionsleitung, sein Fotomaterial der Polizei zu übergeben.

Statt die AKW-Gegner als eine Bande von Kriminellen erscheinen zu lassen, wagt eine Welle der Empörung über den brutalen und menschenverachtenden Polizeieinsatz in der gesamten Öffentlichkeit auf. Statt die Bewegung militärisch zerschlagen zu haben, sehen sich Landesregierung und NWK einer zunehmenden Auseinandersetzung mit den Problemen der Atomenergie in der öffentlichen Meinung gegenüber. Die Bewegung ist nicht gespalten. Geeinter denn je wachsen die Bürgerinitiativen in der Folgezeit, wie auch die Demonstrationen des folgenden Jahres in Brokdorf, Grohnde und Kalkar beweisen.

Die BUU wertet die Demonstration in einer Presseerklärung als Erfolg (Dokument 4).

Anklageschrift (Auszüge)

Herrn Vorsitzenden
der I. Großen Strafkammer
des Landgerichts

in Itzehoe

2210 Itzehoe, 10. April 1976 -M

Anklageschrift

- Bl. 26 d.A. I. Den Professor Dr. rer. nat.
Jens Axel Scheer,
geboren am 30. Mai 1935 in Hamburg,
Deutscher, ledig,
wohnhaft Erlenstraße 66, 2800 Bremen
- Bl. 29 d.A. II. Den Funktionär der Kommunistischen Partei
Deutschlands
Ulrich Joachim Lenz,
geboren am 9. Mai 1947 in Magdeburg,
Deutscher, ledig,
wohnhaft Genslerstraße 14, 2000 Hamburg 60

k l a g e i c h a n ,

bei Brokdorf

am 13. November 1976

gemeinschaftlich

durch dieselbe Handlung

- a) sich an Gewalttätigkeiten gegen Menschen und Sachen und Bedrohungen von Menschen mit Gewalttätigkeiten, die aus einer Menschenmenge in einer die öffentliche Sicherheit gefährdenden Weise mit vereinten Kräften begangen werden, als Täter oder Teilnehmer beteiligt und auf die Menschenmenge eingewirkt zu haben, um ihre Bereitschaft zu solchen Handlungen zu fördern, wodurch bedeutender Schaden an fremden Sachen angerichtet wurde,
- b) öffentlich zu rechtswidrigen Taten aufgefordert zu haben,
- c) als Veranstalter und Leiter eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel oder einen Aufzug ohne die gemäß § 14 des Versammlungsgesetzes erforderliche ordnungsbehördliche Anmeldung durchgeführt zu haben.

Die Angeeschuldigten organisierten am 13. November 1976 während einer - was sie zumindest billigend in Kauf nahmen - nicht ordnungsbehördlich angemeldeten Demonstration gegen das geplante Kernkraftwerk bei Brokdorf, zu der sie öffentlich aufgefordert hatten, die Versuche gewalttätiger Demonstrantengruppen, die Baugeländesicherungseinrichtungen

- 2 -

gewaltsam zu überwinden und das Baugelände zu besetzen. Nach vorbereitetem Plan sammelten die Angeeschuldigten unbekannt gebliebene, militant ausgerüstete Personengruppen um sich, führten sie an das Baugelände heran und forderten sie auf, das Baugelände gewaltsam zu besetzen und die Baumaschinen in ihren Besitz zu bringen. Der Angeeschuldigte Scheer rief diese Aufforderung in das Mikrophon eines Handmegaphons, während der Angeeschuldigte Lenz dessen Schalltrichter hochhielt. Auf ein offenkundig verabredetes Zeichen, zu dem der Angeeschuldigte Scheer über Megaphon das Kommando gab, sprangen unbekannte Mittäter, unter ihnen mehrere besonders auffällig gekleidete Personen, über die Leitplanke der Verbindungsstraße zwischen B 431 und K 41 und zerschnitten nach Überwindung des Wassergrabens die Stacheldrahtrollenpyramiden und den Moniereisenzaun der Baugeländesicherungseinrichtungen mit Bolzenschneidern. Andere Personen, unter ihnen zeitweise auch der Angeeschuldigte Scheer, unterstützten diese Aktionen durch Steinwürfe auf die zum Schutz des Baugeländes eingesetzten Polizeibeamten. In den stundenlangen bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen wurde von der arbeitsteilig unter der gemeinsamen Zielsetzung der Inbesitznahme des Baugeländes zur Verhinderung des Kernkraftwerksbaues tätig werdenden Menschenmenge mit vereinten Kräften Sachschaden in Höhe von mehr als 330.000,- DM angerichtet. Dies entsprach der Zielsetzung der Angeeschuldigten.

Vergehen nach §§ 125 Abs. 1, 125 a Nr. 4, 111 StGB, 26 Abs. 1 Nr. 2 VersG, 25 Abs. 2, 52 StGB

- Bl. 25 Rechtliches Gehör ist den Angeeschuldigten kriminalpolizeilich erfolglos angeboten worden.
- 26 d.A.

Beweismittel: I. Zeugen:

- Bl. 16, 62, 172 d.A.
Bl. 30 d.A.
- Bl. 100 d.A.
- Bl. 107 d.A.
Bl. 115 d.A.
- Bl. 116 d.A.
Bl. 123 d.A.
Bl. 121 d.A.
Bl. 126 d.A.
Bl. 157 d.A.
1. Holger Langhagen
2. Garlef Pickenpack, Kleine Schmiedestraße 14, 2160 Stade
3. POK Michael Zeyn, 4. Hundertschaft, Techn. Zug/BPAH, Hindenburgstr. 45, 2000 Hamburg 60
4. PM Reinhard Koroll, Hindenburgstr. 45, FD 94, 2000 Hamburg 60
5. PM Alfred Haensel, Bereitschaftspolizeibteilung, Hindenburgstr. 45, 2000 Hamburg 60
6. PM Alfred Becker, Hindenburgstr. 45, FD 944, 2000 Hamburg 60
7. PM Kay Thomsen, Hindenburgstr. 45, FD 944, 2000 Hamburg 60
8. PHW Otto Ziemann, Hindenburgstr. 45, FD 944, 2000 Hamburg 60
9. PHN Peter Burmester, Hindenburgstr. 45, FD 944, 2000 Hamburg 60
10. PHK im BGS Uwe Philipsen, Bundesgrenzschutz Gsk Küste, Raaberg 6, 2357 Bad Bramstedt

- 3 -

Bl. 136
d.A.
Bl. 34 d.A.

Bl. 134
d.A.

Sonderband zur Person
der Angeschuldigten
Bl. 12 d.A.

11. KOR Harry Rogers, KPA, NSD 21, Mühlenweg 166, 2300 Kiel 1
12. Jürgen Volk, Nordwestdeutsche Kraftwerke, Schöne Aussicht 14, 2000 Hamburg 76
13. KOR Jörs, Beim Strohhause 31, PD 721, 2000 Hamburg 1
14. PH Röper, Landespolizei Schleswig-Holstein, Bereitschaftspolizeiabteilung -Führungstab- 2240 Rütin
15. KHK Thoene, KPA, Mühlenweg 166, 2300 Kiel 1
16. KOR'in Rita Kienzie, LPD Freiburg

II. Gegenstände richterlichen Augenscheins:

1. Lichtbilder:

- a) Lichtbildmappe I (18 Aufnahmen des Zeugen Langhagen); dazu Skizze Bl. 67 d.A.
- b) Lichtbildmappe II (Sammlung der Kriminalpolizeidirektion West - K 26 -); Erläuterung durch den Zeugen Polizeirat Röper
- c) Lichtbilder der Ermittlungsakte
 - des Zeugen Langhagen Bl. 7, 19 a - 23 d.A. -
 - zur Identifizierung des Angeschuldigten Lenze Bl. 32, 95 d.A. -
 - des Zeugen Plönn Bl. 46, 47, 50 d.A. -
 - des Zeugen Pickenpack Bl. 74, 84 - 86 d.A. -
 - des Zeugen Zeyn Bl. 101 - 106 d.A. -
 - des Zeugen Busch Bl. 111 d.A. -

Bl. 51 d.A.

2. Tonfilm der Nordwestdeutschen Kraftwerke AG, Schöne Aussicht 40, 2000 Hamburg 76 (dort anfordern)

3. Polizeilich erstellter Film und Tonbandauszug der Demonstration vom 13.11.1976; Erläuterung durch den Zeugen Polizeirat Röper

Bl. 167 d.A.

4. Polizeiliche Videoaufnahme (Band Nr. 23) vom 13.11.1976; anfordern bei Landespolizei Schleswig-Holstein, Bereitschaftspolizeiabteilung, 2. Hundertschaft, 2300 Kiel

III. Urkunden und Schriftstücke:

1. Registerauszüge der Angeschuldigten Hülle vor Bl. 1 d.A.
2. Strafantrag Bl. 4, 170 d.A.

(...)

C Anl. 19

C Anl. 18
z.B. C Anl. 20

III. Beide Angeschuldigten verbindet seit Jahren eine gemeinsame politische Ideologie: Beide waren führende Mitglieder im SDS und arbeiten seither in der KPD zusammen. Sie sind in einer Reihe von Veranstaltungen zusammen aufgetreten, z.B. am 20. März 1975 in Stade. Der Angeschuldigte Lenze zeichnete ferner verantwortlich für ein ausschließlich dem Angeschuldigten Scheer gewidmetes Flugblatt, er erwähnt den Angeschuldigten Scheer ferner in einer Vielzahl von Flugblättern lobend.

B. Zur Sache:

- I. Am 26. Oktober 1976 wurde aufgrund einer sofort vollziehbaren ersten Teilerrichtungs-genehmigung von der Nordwestdeutschen Kraftwerke AG mit dem Bau des Kernkraftwerks Brokdorf begonnen. Gegen den Bau hatten sich Bürgerinitiativen gebildet, die beschlossen und öffentlich verbreitet hatten, bei Baubeginn das Baugelände wie in Wyhl zu besetzen, um den Kernkraftwerksbau zu verhindern. Am 30. Oktober 1976 fand eine Demonstration am Baugelände statt, in deren Verlauf es ca. 1.500 Personen gelang, das Baugelände teil- und zeitweise zu besetzen. Bei der polizeilichen Räumung des Baugeländes verkündeten die Besetzer in Sprechhören "Wir kommen wieder!"

1. An den Aktionen gegen das Kernkraftwerk hatten sich auch die Angeschuldigten beteiligt. Der Angeschuldigte Lenze hatte zu der Besetzungsaktion in einem Flugblatt für die KPD, das gegen das Energieprogramm der Bundesregierung gerichtet war, unter Bezugnahme auf die Ereignisse in Wyhl zur Verhinderung des Kernkraftwerksbaus in Brokdorf am 30.10.1976 aufgerufen. In einem Flugblatt des Angeschuldigten Lenze, in dem er zu einer Veranstaltung in dem Martin-Luther-King Haus der Evangelischen Studentengemeinde in Hamburg am 5. November 1976 mit dem Angeschuldigten Scheer aufrief, heißt es:

C Anl. 23

C Anl. 20

"Die Bauern und Arbeiter in Wyhl haben gezeigt, daß es möglich ist, durch einen lang andauernden, entschlossenen Kampf den Staatsapparat und dem Monopolkapital die Stirn zu bieten. ... Deshalb war auch die Platzbesetzung am Wochenende für Brokdorf ein großartiger Beginn. ... Die KPD unterstützt diesen Kampf auf das Entschiedenste. "DER KAMPF GEHT WEITER! ... SOFORTIGE RÄUMUNG DES BAUPLATZES!"

SA: StA Itzehoe
- 16 Js 710/76 -
Bl. 27 d.A.

Der Angeschuldigte Scheer begann seine Rede mit folgenden Sätzen:

"Freunde und Genossen!
Ich will nicht nur als Atomphysiker, sondern auch als Mitglied der BUU und als aktiver Teilnehmer der Besetzung berichten. Denn es genügt nicht, den Kampf des Volkes aus der Universität heraus durch Gutachten und Ähnliches zu unterstützen, man muß auch selbst konsequent und aktiv mitkämpfen."

Seine Rede schloß er mit dem Hinweis auf die Kundgebung am 13.11.1976:

"Die Lösung ist: Der Bauplatz muß wieder weide werden. Kein AKW in Brokdorf und auch nicht anderswo! Und ich füge hinzu -denn das ist die Perspektive des Kampfes: Für eine Energieversorgung unabhängig von den Supermächten und in Zusammenarbeit mit der dritten Welt!"

Zum Schluß der Veranstaltung berichtete der Angeschuldigte Lenze über die Lage in Brokdorf. Er sprach die Sicherungsmaßnahmen der Polizei und des Bundesgrenzschutzes sowie des Werkschutzes an, die am gleichen Tage in Hinsicht auf den 13.11.1976 schon getroffen wurden. Er zeigte dann auf, daß Wassergräben verbreitert, die Stacheldrahtsperrren ausgebaut und eine Mauer an der Wasserseite des Leiches errichtet wurden. Bezogen auf diese Mauer sagte er dann:

"Diese Mauer ist nicht die erste und letzte, die wir überwinden werden!"

Darüber brach tosender Beifall unter den Zuhörern aus. Schließlich rief er zu starker Teilnahme an der Demonstration am 13.11.1976 in Brokdorf auf. Für die Zuhörer war klar, daß er selbst davon ausging, den Bauplatz am 13.11.1976 zu stürmen.

2. In einem Flugblatt ruft der Angeschuldigte Lenze zur Demonstration am 13.11.1976 am Bauplatz in Brokdorf mit folgenden Worten auf:

"Arbeiter, Bauern, Werktätige in Stadt und Land, AKW-Gegner! Mitglieder auch von KB und KBW! Jetzt muß das Atomkraftwerk in Brokdorf verhindert werden, jetzt muß das reaktionäre und volksfeindliche Atomprogramm der Schmidt Regierung zu Fall gebracht werden! Die Fronten spitzen sich zu. Die Monopolbourgeoisie und ihr staatlicher Gewaltapparat wollen ihre Interessen mit brutaler Gewalt durchsetzen."

Nach einer Bezugnahme auf "den mutigen Kampf der Winzer und Arbeiter" in Wyhl und dem Hinweis darauf, daß dort "die Kampfkraft der AKW-Gegner ungebrochen sei", heißt es weiter:

"Menschen, nicht Waffen entscheiden!
Der "Verhandlungs- und Rechtsweg" ist gescheitert. Auf Versprechungen und Vertröstungen seitens der Kapitalisten und Behörden ist schon längst kein Pfifferling mehr zu geben. Wer uns zu "Denkpausen" auffordert, will uns sowohl vom Kampf als auch vom Denken abhalten! Jetzt muß gemeinsam und entschlossen gehandelt werden. Dann können und werden wir siegen! Habt Mut zu kämpfen, habt Mut zu siegen!"

...
SOFORTIGE RÄUMUNG DES BAUPLATZES!
KAMPF DEM ATOMPROGRAMM DER SCHMIDT REGIERUNG! ...
DER BAUPLATZ MUSS
WIEDER ZUR WIESE
WERDEN!"

(...)

Bl. 136 d.A.

3. Am 11. November 1976 fand im Auditorium Maximum der Universität Hamburg eine Großveranstaltung der BUU vor etwa 3.700 Zuhörern statt. Redner war der Angeschuldigte Scheer. Der Angeschuldigte vermied es, zur Besetzung des Bauplatzes am 13.11.1976 aufzurufen. Dieses erfolgte durch unbekannte Personen, die unumwunden zu erkennen gaben, daß der Bauplatz am 13.11.1976 besetzt werden müsse. Es wurde gesagt, daß alles mitzubringen sei, um denen "drüben" einen Besuch abzustatten, wobei insoweit die Sicherungskräfte auf dem Bauplatz gemeint waren.

(...)

Bl. 63 ff d.A.

- II. Am frühen Nachmittag des 13.11.1976 fand auf einer Wiese nördlich der B 431 und in der Nähe des Baugeländes ein sog. "Feldgottesdienst" statt. Am Rande der Zuhörergruppierung dieses Feldgottesdienstes sammelten die Angeschuldigten mit Hilfe eines Handmegaphons die unbekannten Mittäter, jüngere Personen, die sich mit wetterfester Bekleidung, Schutzhelmen und Gesichtsmasken auf Auseinandersetzungen mit den Baustellensicherungskräften eingestellt hatten, um sich. Der Angeschuldigte Scheer sprach in das Mikrofon, während der Angeschuldigte Lenze den Lautsprecherteil des Megaphons hochhielt. Unter dem linken Arm trug der Angeschuldigte einen Schutzhelm mit Schutzbrille, an den Füßen Kampfstiefel. Dem Sinn seiner Ausführungen nach forderte der Angeschuldigte Scheer die Umstehenden

C Anl. 25

Bl. 64, 65 d.A.
 Lichtbilder:
 Bl. 21 - 23 d.A.
 Lichtbildmappe I,
 Skizze Bl. 67 d.A.

Lichtbilder
 Bl. 19 A, 20, 84 - 86 d.A.

C Anl. 46,
 Bl. 65, 89 f

Bl. 81, 141 d.A.

dazu auf, heute das Baugelände zu besetzen, heute müsse der Bauplatz wieder zur Wiese werden. Angesichts der Festung müsse auch Gewalt angewendet werden. Eine Differenzierung zwischen Gewalt gegen Personen und Sachen traf der Angeschuldigte Scheer nicht. Er sagte, daß das wichtigste Ziel der Besetzung die Baumaschinen wären, die zerstört werden müßten. Er sprach weiter von einem bevorstehenden großen Kampf: "Es müsse heute gekämpft werden." Stellenweise schrieb er derartige Sätze ins Mikrophon. Dabei sprach er einzelne Gruppen von 3 - 10 Personen gezielt an und rief sie zu der bereits um ihn versammelten Gruppe heran. Die Gruppen führten Transparente und rote Fahnen mit sich. Nach ca. 5 Minuten forderte er die übrigen Gruppen auf, hinter seiner Gruppe, an deren Spitze er gehen würde, zum KKW-Gelände zu marschieren. Darauf setzte sich die Personengruppierung um den Angeschuldigten Scheer, neben dem der Angeschuldigte Lenze ging, über eine Behelfsbrücke in Richtung auf das Baugelände in Bewegung.

Die Gruppierung sammelte sich dann auf der ostwärts des Baugeländes angelegten Verbindungsstraße zwischen B 431 und K 41 und zwar zwischen dem zweiten und dritten Lichtmast von Norden her. Hier hielten die Angeschuldigten in gleicher Weise eine zur Besetzung des Baugeländes und Inbesitznahme der Baumaschinen zur Verhinderung des Kernkraftwerksbaus aufrufende Ansprache. Die Ansprache hatte sinngemäß den gleichen Inhalt, wie die Aufforderungen auf der Wiese nördlich der B 431. Sodann teilte der Angeschuldigte Scheer über Megaphon den Einzelgruppen den Ort zu, wo sie mit dem Kampf zu beginnen hätten. Ein Teil der Gruppenmitglieder ging danach weiter, um den Angeschuldigten Scheer herum, in südlicher Richtung. Die anderen blieben vorher auf der dem Baugelände zugewandten Seite der Verbindungsstraße stehen. Nachdem die Gruppen Aufstellung genommen hatten, gab der Angeschuldigte Scheer über Megaphon die Aufforderung, nunmehr mit dem Angriff auf das Baugelände zu beginnen. Sodann wurde von einigen der unbekannten Mittäter mit Gegenständen einige Sekunden lang auf die Leitplanke getrommelt, es gab Pfeifzeichen. Nach Mitschriften des polizeilichen Funkverkehrs war es 14.01 Uhr, als der Angriff begann: Die Gruppenmitglieder holten aus mitgebrachten Plastiktüten zum Teil Steine bis zur Faustgröße und gefüllte Flaschen heraus, zum Teil holten sie auch Wurfgegenstände von der angrenzenden Wiese. Sie begannen, damit in Richtung auf das Baugelände und auf die ca. 5 Meter hinter dem Zaun stehenden Polizeibeamten zu

Lichtbild C Anl. 28

Lichtbilder
 Bl. 104 - 106 d.A.

werfen. Diese hoben ihre Schuttschilder und versuchten, den Wurfgegenständen auszuweichen. An diesen Würfen beteiligte sich auch der Angeschuldigte Scheer, wobei er neben Lehmbrocken mindestens einmal erkennbar mit einem Stein warf. Mit Hilfe dieses Steinhagels wurden die Beamten jenseits des Bauzaunes gezwungen, sich weiter hinter den Zaun zurückzuziehen. Im Schutze dieses Steinhagels sprangen dann offensichtlich genau dazu eingeteilte Personen über die Leitplanken, rutschten die Grabenwand hinunter, sprangen über den Graben oder durchwateten ihn und waren dann unmittelbar vor dem durch S-Draht-Rollen gesicherten Moniereisensaun. Die

S-Draht-Rollen wurden mit mitgeführten Bolzenschneidern und Drahtscheren zerschnitten, so daß kleine Lücken entstanden. Zum Teil wurden sie zuvor mit von der Straße und der Grabenböschung aus geworfenen Wurfankern und Seilen herangezogen, zum Teil wurden Bolzenschneider den an der Grabenböschung stehenden Tätern zugereicht. Mit mitgeführten Balken und anderen Materialien wurden auch Überwege über den Graben geschaffen. Wenn sich aus den Polizeiketten einige Beamte lösten und zum Zaun vorliefen, um die Demonstranten mit dem Reizstoffsprüngerät 1 zu behindern, wurden sie durch Steinswürfe zurückgetrieben. Zugleich wurde gerufen: "Wir bringen Euch um!" oder "Scheißbullen, wir machen Euch kalt!" Als die Angreifer zum Moniereisensaun vorgedrungen waren und versuchten, ihn mit Bolzenschneidern zu durchschneiden, wurde von der anderen Seite des Baugeländes der mit einer großen weißen 9 gezeichnete Wasserwerfer des Zeugen Polizeimeister Koroll herangeführt und eingesetzt. Er fuhr bis auf ca. 10 Meter an den Zaun heran und bespritzte zuerst eine Personen-Gruppe am Zaun, die hinter den Zaunverstrebnungen Schutz suchte, indem sie sich dort zusammenkauerte und festhielt. Der Angeschuldigte Scheer rief über Megaphon der Gruppe zu, nicht nachzugeben und eine Lücke im Zaun zu öffnen. Sodann spritzte der Wasserwerfer, der von der Straße aus mit Steinen beworfen wurde, auf die Steinwerfer und die weniger gut geschützten Personen auf der Verbindungsstraße. Diese liefen auseinander.

Kurze Zeit später hatte auch der Angeschuldigte Scheer den Graben überwunden und befand sich unmittelbar vor dem Zaun auf dem Gelände der NWK.

Unter den ersten vom Angeschuldigten Scheer geführten Angreifern befanden sich einige markant gekleidete und deswegen

individuell erkennbare, wenngleich unbekannt gebliebene Täter, die während des ganzen Nachmittags an dieser Stelle bis in die späten Abendstunden den Kampf gegen die Baugeländesicherungen durchführten. So erinnern sich einige Zeugen vor allem einer Person mit einem schwarzen Schutzhelm, die ganz in schwarzes Leder gekleidet war, deren gewaltsames Vorgehen besonders aktiv und ausdauernd während des ganzen Nachmittags sich fortsetzte.

Erst in den späten Abendstunden gelang es den polizeilichen Einsatzkräften, das Baugelände zu verlassen und die Verbindungsstraße ostwärts des Baugeländes zu räumen. Bei den Auseinandersetzungen mit den Demonstranten, deren Härte und Militanz von den polizeilichen Einsatzkräften nicht vorhergesehen worden war, wurde eine Vielzahl von Polizeibeamten verletzt. Zur Schadensbeseitigung der am 13.11.1976 verursachten Schäden zahlte die Nordwestdeutsche Kraftwerke AG bis zum 31.12.1976 ausschließlich an Fremdfirmen 338.206,19 DM.

B1. 37 d.A.

A Anl. 1

III. 1. Der Angeschuldigte Lenz veröffentlichte die bereits zitierte Broschüre, in der er nach Schilderung der Vorbereitungen zur Durchführung des Kampfes feststellte:

a.a.O. Seite 15

"Durch die kampfentschlossene Massendemonstration der mehr als 30.000 AKW-Gegner am 13.11. wurde ein neuer Höhepunkt des Kampfniveaus erreicht. ... Tausende kämpften bewußt, mutig und zum Teil gut vorbereitet gegen die Bürgerkriegsarmee des Staatsapparates und hielten stundenlang im Feuer von Tränengas und Wasserwerfern. Sie erreichten, daß mehrfach die Schwäche des bürgerlichen Staatsapparates offensichtlich wurde, der sich selbst einmauern mußte, um die Festung zu verteidigen."

(...)

Für die zu erwartenden Strafverfahren kündigt er an, man müsse begreifen,

a.a.O. Seite 36

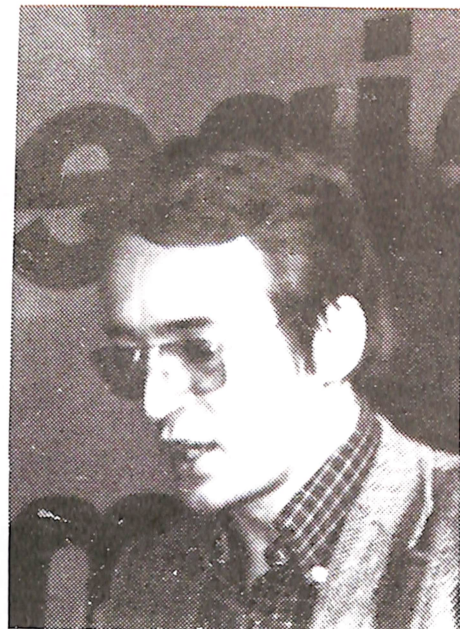
"daß der Kampf, der in den Gerichtssälen ausgefochten wird, derselbe Kampf - nur in anderer Form - ist. Im Kampf gegen die Justiz ist Solidarität entscheidend!"

(...)



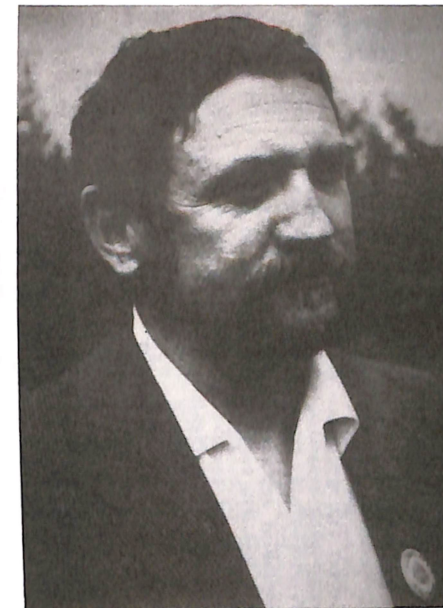
Wer sind die Angeklagten?

- 1.) Ulrich Lenze,
31 Jahre,
Funktionär der
KPD



Ulrich Lenze war während seines Studiums seit 1967 Mitglied des 'Sozialistischen Deutschen Studentenbundes' (SDS) und an zahlreichen antiimperialistischen und demokratischen Aktivitäten der damaligen Studentenbewegung beteiligt. Heute arbeitet er als Funktionär der KPD und ist Vorsitzender ihres Regionalkomitees Wasserkante. Die Ermittlungsakte stellt u.a. fest: "So agitierte er u.a. gegen die Universitäten Hamburg und Bremen, den Thieu-Besuch in Bonn, die Bundesregierung, die Verkehrsbetriebe in Hamburg, die Polizei, die Justiz, die DDR, die 'Berufsverbote', den Bau von Kernkraftwerken." U.a. leitete er eine Kundgebung der KPD anlässlich des 30. Jahrestages der Befreiung vom Hitlerfaschismus am 9.5.1975 in Berlin-Treptow (DDR) und saß dafür mit 17 anderen Antifaschisten in DDR-Haft. In der BRD wurden eine Reihe von Verfahren wegen Teilnahme an Demonstrationen oder seiner presserechtlichen Verantwortung für zahlreiche Publikationen und Flugblätter, u.a. gegen das Atomprogramm der Bundesregierung, gegen ihn durchgeführt.

- 2.) Jens Scheer,
43 Jahre,
Professor für
Kernphysik an
der Universität
Bremen



Schon als Schüler und Student war Jens Scheer politisch aktiv. 1961 wurde er Mitglied des SDS.

Leitbild seiner Ausbildung und wissenschaftlichen Forschung war und ist es, seine wissenschaftlichen Fähigkeiten in den Dienst des Volkes zu stellen.

1971 wurde er als Kernphysiker an die Universität Bremen berufen, wo er in enger Zusammenarbeit mit anderen Wissenschaftlern und Studenten an der Erforschung der Atomphysik und ihrer Anwendung arbeitet. Unter seiner maßgeblichen Beteiligung wurde das Projekt SAIU (Schadstoffbelastung am Arbeitsplatz und in der Industrieregion Unterelbe) ins Leben gerufen. Er gilt im In- und Ausland als einer der wissenschaftlichen Begründer des Protestes gegen die heutige Anwendung der Atomenergie und ist einer der bekanntesten Sprecher der Anti-AKW-Bewegung. Er verfaßte zahlreiche wissenschaftliche Publikationen oder arbeitete daran mit, u.a. "Zum richtigen Verständnis der Kernindustrie: 66 Fragen - 66 Antworten 66 Erwidierungen".

Seit 1973 läuft gegen Jens Scheer ein Berufsverbotsverfahren, das mit dem Verbot der Lehrtätigkeit/Suspendierung begann und seitdem in einem noch immer schwebenden Verfahren betrieben wird. Dank der Unterstützung seiner Kollegen und Studenten an der Bremer Universität konnte er seine Tätigkeit fortsetzen. Da seine Arbeit als engagierter Wissenschaftler im In- und Ausland bekannt und (zumindest) respektiert wird und da er den AKW-Gegnern in allen Teilen der BRD als ein führender Vertreter ihrer Bewegung bekannt ist, konnte ein Abschluß des Verfahrens bis heute verhindert werden.

Mittelpunkt des Berufsverbotsverfahrens ist sein Engagement gegen die Atomindustrie und seine Mitgliedschaft in der KPD. Das jetzt laufende Brokdorf-Verfahren ist somit als ein weiterer Schritt zur Durchsetzung des Berufsverbots gegen Jens Scheer zu werten.

ERKLÄRUNG DER NORDEUTSCHEN BÜRGERINITIATIVEN UND LEBENSCHUTZ- VERBÄNDE AN DIE BEVÖLKERUNG

Wir wissen

- daß das geplante Atomkraftwerk Brokdorf und die übrigen schon bestehenden und noch geplanten Atomkraftwerke, ihr Atomwoll und ihre künftigen Ruinen unser Land und unser Leben gefährden
- daß der Betrieb des Atomkraftwerkes - und der nachfolgenden Industrie -, die Qualität der Luft, des Wassers und des Bodens und damit die Existenzgrundlage der Landwirtschaft und des mit ihr verbundenen Gewerbes zerstört und die Betroffenen als billige Arbeitskräfte in die Fabriken gehen müssen
- daß die Atomingenieure keinen Schutz bieten können gegen Verseuchung der Luft, die wir atmen, des Wassers, das wir trinken, der Pflanze und Tiere, die wir essen
- UND WEIL WIR NICHT WARTEN KÖNNEN BIS DIE KATASTROPHE DA IST

Wir sehen

- daß der Atomstrom teuer ist als herkömmliche Energiequellen und mit unseren Steuergeldern bezahlt wird
- daß diese fehlerhaften Pläne nicht uns, sondern der Atomindustrie nützen, die unsere Existenz für ihren Gewinn aufs Spiel setzt
- daß wir belogen werden mit Parolen wie "Atomstrom oder 1980 gehen uns die Lichter aus" und "entweder Fortschritt oder Umweltschutz". Fortschritt ist das, was uns nützt. Wir lassen uns nicht einen Fortschritt der Selbstzerstörung aufzwingen
- daß die Kernkraftwerkspezialisten, von der Atomindustrie bezahlt, Illusionen verbreiten, über "neue, saubere und sichere Arbeitsplätze", obwohl sie es besser wissen
- UND WEIL WIR NICHT WARTEN KÖNNEN, BIS DIESE ILLUSIONEN ZERPLATZEN

Wir haben gelernt

- wenn die Rechtsmittel den Baubeginn nicht stoppen können und doch vollendete Tatsachen geschaffen werden, dann müssen wir unsere Rechte und Interessen selber vertreten
- daß wir alle jetzt verantwortlich handeln und unsere Zukunft und die unserer Kinder verteidigen müssen

Deshalb haben wir beschlossen

den vorgesehenen Bauplatz für das Atomkraftwerk Brokdorf zu besetzen, sobald mit dem Bau begonnen wird, wir sind entschlossen, der Gewalt, die uns mit diesen Unternehmen angetan wird, solange gewaltlos Widerstand entgegenzusetzen, bis unsere Forderung "kein Atomkraftwerk in Brokdorf" erfüllt ist. Das heißt nicht, daß wir es an einem anderen Platz durchführen.

DIE ERKLÄRUNG WIRD UNTERSÜTZT:

Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe
Arbeitskreis KKW im Fachbereich Physik an der Uni Hamburg
Umweltschutz Schleswig-Holstein
Bürgeraktion Küste
Bürgerverein Büttfleth
Weltbund zum Schutze des Lebens (L.V. Hamburg, Niedersachsen u. Schleswig-H.)
Bürgerinitiative Otterndorf
Gesellschaft für Natur- und Umweltschutz Cuxhaven/Land Hadeln e.V.

Verantwortlich: Jens-R. Boy, 2 Hamburg 55, Schenefelder Landstr. 93
Auflage: 20.000

PRESSEERKLÄRUNG DER BÜRGERINITIATIVEN UMWELTSCHUTZ UNTERELBE BROKDORF

30. Oktober 1976

Es gibt eine lange Tradition des Widerstands. Henneke Wulff in der Wilstermarsch und viele, viele andere. Wo wären wir heute, wenn nicht vor 100 Jahren mutige Arbeiter in gesetzwidrigen Streiks ihre Existenz und nicht selten ihr Leben auf's Spiel gesetzt hätten? Welches Ansehen hätten wir Deutschen, wenn nicht auch im Dritten Reich Widerständler genauso gehandelt hätten?

Die BUU ist stolz darauf, daß am 30. Oktober 1976 so viele Mitbürger, vor allem junge Mitbürger, in gleicher beispielhafter persönlicher Courage den Platz des Atomkraftwerkes Brokdorf besetzt haben.

Bei der Erstürmung des Platzes, der durch Wassergraben, Stacheldrahtzaun, 3 Rollen Nato-Stacheldraht und einen 2 m hohen Maschendrahtzaun gesichert war, schritt der Werkschutz der HEW/NWK mit Hunden, Schlagstöcken und der chemischen Keule ein.

Die Umweltschützer eilten dann überall auf den Platz. Ein Zeltdorf wurde aufgebaut und die Bevölkerung begann, die Platzbesetzer mit warmem Tee, Milch und Eiwaren zu versorgen. Auf dem Platz demonstrierten die Umweltschützer gewaltlos und sie waren wehrlos. Trotzdem folgte daraufhin ein mehrstündiger Polizeieinsatz von unvorstellbarer Brutalität.

Zunächst ritten Polizisten durch die Demonstranten, die eng gedrängt auf dem Boden saßen oder den Brückenkopf verstärkten. Dann wurden Wasserwerfer und Tränengas eingesetzt, um die Breschen zurückzuerobieren und mit Stacheldrahtrollen neu zu sichern. Daraufhin errichteten die Umweltschützer, es waren jetzt noch ca. 800 Bürger auf dem Platz, eigene Stacheldrahtsperrungen, um den letzten Durchbruch freizuhalten.

Diese Sperre auf der Kreisstraße wurde von der Polizei durch Einsatz von Wasserwerfern, Schlagstöcken und chemischen Keulen gestürmt. Anschließend wurden die auf dem Platz eingekreisten Umweltschützer mit gleichen Mitteln vertrieben. Das Zeltdorf wurde zusammen mit allen zurückgebliebenen Sachen, darunter auch Kleidungsstücke mit Ausweisen von der Polizei zusammengetragen und sofort verbrannt.

Die chemische Keule wurde teilweise aus wenigen Zentimetern Entfernung mehrfach hintereinander angewendet. Wer nicht selbst getroffen wurde, wer nicht das minutenlange Schmerzgebrüll gehört hat, kann sich die Wirkung der chemischen Keule nicht vorstellen.

Die Verletzten wurden von der BUU ambulant behandelt und zu den Ärzten und Krankenhäusern der Umgebung gebracht.

Im Namen aller Mitglieder verurteilen der Vorstand und seine Regionalvertreter den Polizeieinsatz und das Verhalten einzelner Polizisten auf das Schärfste und fordern einstimmig:

- Zuchthaus für Innenminister Tietz
- Zuchthaus für den Leiter des Einsatzes
- Zuchthaus für die Polizisten, die ohne Notwehr aus nächster Nähe die Keule mehrfach anwendeten.
- Zuchthaus für den Geschäftsführer der HEW
- Zuchthaus für den Geschäftsführer der NWK
- Zuchthaus für den Geschäftsführer der Brokdorf GmbH. Dr. Voss
- Zuchthaus für die Werkschutzleute, die chemische Mittel ohne Notwehr anwendeten.

KEIN KERNKRAFTWERK IN BROKDORF UND AUCH NICHT ANDERSWO
SOFORTIGE RÄUMUNG DES BAUPLATZES

Aus der Rede von Professor Jens Scheer auf der Veranstaltung am 5. November in Hamburg

Freunde und Genossen!

Ich will nicht nur als Atomphysiker, sondern auch als Mitglied der BUU und aktiver Teilnehmer der Besetzung berichten, denn es genügt nicht, den Kampf des Volkes aus der Universität heraus durch Gutachten und ähnliches zu unterstützen, man muß auch selbst konsequent und aktiv mitkämpfen.

Ich will einige Worte zu den Gefahren des AKW Brokdorf speziell und der Atomenergie allgemein sagen. Dabei muß betont werden, daß die Atomenergie sicher zunächst eine gute Sache war und daß das erste AKW der Welt, in der damals noch sozialistischen Sowjetunion zu Lebzeiten Stalins aufgrund der damaligen Kenntnisse geplant und aufgebaut, zu Recht als Durchbruch zu neuen Energiequellen gefeiert wurde. Die folgenden Jahrzehnte zeigten jedoch:

1. Heimtückische Spätschäden durch die im Normalbetrieb abgegebenen radioaktiven Stoffe, die man damals noch nicht kennen konnte. Das Atomprogramm der SPD-Regierung kann im „Normalbetrieb“ zu Tausenden von Todesopfern führen. Wie auch sonst bei umweltverseuchten Industrien erlaubt die Regierung die Abgabe von Giftstoffen unterhalb gewisser Mengen. Diese erlaubten Abgaben sind aber keineswegs ungefährlich. Ganz im Gegenteil, sie erzeugen Krebs und andere Krankheiten; vor allem steigt die Säuglingssterblichkeit. Vieles spricht außerdem dafür, daß chemische Umweltgifte und strahlende Stoffe sich in ihrer Wirkung gegenseitig verstärken. Die zulässigen Abgabemengen radioaktiver Gase, die über einen Schornstein in die Luft geblasen werden, und in Wasser gelöste Stoffe, die einfach dem Kühlwasser beigemischt werden, sie werden festgelegt im Grunde durch Kostenüberlegungen.

Die internationale Strahlenschutzkommission hat direkt ein Berechnungsverfahren vorgeschlagen, in dem die Kosten für die Zurückhaltung der radioaktiven Giftstoffe aufgerechnet werden gegen die Kosten, die durch Krankheiten und Todesfälle erwachsen. Ganz konsequent wurde im Kernforschungszentrum Jülich eine Tabelle zusammengestellt, in der die Kosten für die Rückhaltung von radioaktiven Gasen und die durch die Abgabe verursachten Kosten untereinander aufgeführt wurden. Ein Toter kostet nach diesen Rechnungen 500 000 DM, ein Krankheitsfall wird mit 100 000 DM verbucht. Verständlicherweise wurden diese makabren Rechnungen nicht veröffentlicht.

2. Größere Unfallgefahr, insbesondere bei den großen Typen, wie sie heute üblich sind, bei denen die Gefahr besteht, daß das Tausendfache der Radioaktivität, wie sie bei der Hiroshima-Bombe entstand, ins Freie kommt. Solche Katastrophen, die ~~Sowjet~~ Welt in den Schatten stellen würden, können auf verschiedene Weise entstehen.

Viel diskutiert wird die Möglichkeit, daß die Abfuhr der Wärme aus dem Inneren des AKW, die dort durch die Kernprozesse entsteht, hin zu den Turbinen versagt. Sofern dann die Notkühlvorrichtungen versagen – und dafür spricht leider einiges und man hat nie gewagt, das tatsächlich auszuprobieren – schmilzt das viele 100 Tonnen schwere hochradioaktive Herz des AKW zusammen, durchdringt den Betonboden und führt zu einer unvorstellbaren Katastrophe. Auch ein berstender Reaktordruckkessel kann alle Hüllen durchschlagen und schlagartig die ganze Radioaktivität freisetzen. Aber auch ein Flugzeug, das auf ein AKW abstürzt, kann eine Katastrophe auslösen, wenn alle Schutzhüllen zerbrechen werden. Dasselbe gilt natürlich für eine ganz normale Bombe. Auf diese Weise kann ein Angreifer, ohne selbst Atomwaffen einzusetzen, eine atomare Verseuchung größten Ausmaßes bewirken. Ebenso kann im Rahmen der Strategie der verbrannten Erde die Zerstörung eines AKW zur Verseuchung führen, viel schlimmer als die zu diesem Zweck ohnehin installierten Atomminen. In diesem Sinn bezeichne ich AKWs als Super-Atomminen.

Alle diese Fakten wurden jahrelang durch Zensur, Einschüchterung, Berufsverbote usw. unterdrückt, erst langsam bricht sich die Wahrheit immer mehr Bahn!

3. Wesentlich geringere Uranvorräte, als man erhofft hatte. Heute kennt man rund 25mal soviel Kohlevorräte, je dreimal soviel Erdöl- und Erdgasvorräte als mit heutiger Technik nutzbare Uranvorräte. Hinzu kommt, daß der „Flaschenhals“ der Uranversorgung, die gigantischen „Anreicherungsanlagen“, praktisch im Monopolbesitz der beiden Supermächte sind, so daß die von der SPD-Regierung demagogisch versprochene „Unabhängigkeit von den Ölscheichs“ in Wahrheit bedeutet, die Energieversorgung dem Würgegriff der Supermächte auszusetzen.

Aus diesen Gründen ist die Atomenergie

heute keine sinnvolle, sondern eine volksfeindliche mörderische Energiequelle. Gerade die Frage der Energieversorgung weist gebieterisch auf die Notwendigkeit des Sozialismus, denn nur dort, wo die Arbeiterklasse an der Macht ist, werden alle Probleme im Interesse der Menschen angegangen und gelöst werden. Atomkraftwerke sind dabei noch nicht der schlimmste Teil des Atomenergieprogramms: Die Verarbeitung des teilweise abgebrannten Atomabfalls, um die störende „Schlacke“ – das sind die ungeheuren Mengen radioaktiver Giftstoffe – zu trennen von dem noch verwendungsfähigen Uran und dem neugebildeten Brenn- und Sprengstoff Plutonium, diese Verarbeitung führt zu noch viel schlimmerer Verseuchung der Umwelt und birgt die Gefahr von Katastrophen unvorstellbaren Ausmaßes – ganz Norddeutschland kann bei einem Unfall zur strahlenverseuchten Wüste werden. Und der Atomabfall muß über Jahrtausende sicher und unzugänglich gelagert werden, alles wahnsinnige Konsequenzen, die das Leben noch in fernen Zeiträumen bedrohen werden, wenn längst der Sozialismus weltweit gesiegt hat – ein wahrhaft teuflisches Erbe der imperialistischen Epoche!

Atomkraftwerke, Atomtechnik sind ein besonders zugespitzter Ausdruck der menschenfeindlichen kapitalistischen Produktionsweise, die um des Profits Willen hemmungslos über Leichen geht. Kein Zufall ist es, daß die in der heutigen sozialimperialistischen Sowjetunion konstruierten und im ganzen RGW-Bereich errichteten AKWs noch viel unsicherer sind als die bei uns üblichen – z. B. haben sie keine Notkühlung, keine dichte Umhüllung –, daß dort, wo Proteste gegen die Atomenergie mit faschistischer Brutalität unterdrückt werden, der Atomabfall einfach in Teerfässern vergraben wird.

Auch bei uns wollen die Konzerne Milliardenprofite aus dem Bau und Betrieb atomtechnischer Werke scheffeln, die ihnen durch die Regierungsprogramme aus den Steuergroschen der Werktätigen zugeschanzt werden. Weltweit gesehen spiegelt sich gerade bei der Atomtechnik die Lage des BRD-Imperialismus deutlich wider:

Gedacht als Speerspitze der Expansion des BRD-Imperialismus gegen die Dritte Welt, führt gerade die Verlagerung auf Atomenergie die BRD in immer stärkere Abhängigkeit von den beiden Supermächten.

So ist die Atomenergie zugespitzter Ausdruck einer Politik, die der Einheitsfront der Völker, Staaten und Nationen, der welthistorischen Strömung, direkt zuwiderläuft. Dagegen halten wir die Energieversorgung auf der Basis des Dialogs und gerechter Verträge mit den Ländern der Dritten Welt.

Das in AKWs massenhaft gebildete Plutonium, ein begehrter Kernsprengstoff, vergrößert weiter ständig die Kriegsgefahr. Dabei muß entschieden der Demagogie entgegengetreten werden, daß durch den Atomwaffensperrvertrag eine Lösung dieser Probleme erreicht würde. Ganz im Gegenteil, dieser Vertrag, der das Monopol der Supermächte auf Atomwaffen sichern soll, bedeutet eine äußerst gefährliche Orientierung des Vertrauens auf die Supermächte als Friedensgaranten.

Das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI warnt eindringlich vor der Illusion, daß das sogenannte Gleichgewicht des Schreckens den Frieden sichere. Beide Supermächte arbeiten fieberhaft daran, soviel Übergewicht zu haben, um den ersten Vernichtungsschlag wagen zu können, so der Direktor des SIPRI, Frank Barnaby, kürzlich auf dem ersten internationalen Antiatomkongreß in Göteborg. Auf dem selben Kongreß rief der schwedische Nobelpreisträger Hannes Alfrén, ein alter Kämpfer gegen das atomare Wettrüsten der Supermächte, eindringlich dazu auf, den weltweiten Kampf gegen die mörderische Atomenergiegewinnung zu verbinden mit dem Kampf für weltweite Vernichtung aller Atomwaffen, wie es die VR China seit langem fordert. Gegen den Pessimismus dieser beiden, die nur ein chaotisches Anwachsen der Atomrüstung weltweit sahen, habe ich darauf hingewiesen, wer die Hauptkriegetreiber sind, von denen allein die Gefahr eines neuen Weltkrieges ausgeht, und auf die welthistorische Strömung, auf den Zusammenschluß gegen die im-

perialistischen Supermächte, und daß die Zukunft glänzend, wenn auch der Weg gewunden ist.

Nun zu Brokdorf:

Die allgemeinen Probleme der Atomenergie treten hier verstärkt auf und haben zu Recht die entschiedene Kampfbereitschaft zahlloser Menschen hervorgerufen:

Brokdorf liegt in der Wilster Marsch, einer Region mit fast ausschließlich Milchproduktion, die durch die Verseuchung durch das radioaktive Element Jod besonders gefährdet ist, weil sich dies über Gras, Kuh, Milch im Körper anreichert und sich besonders in der Schilddrüse konzentriert. Hinzu kommt die Verseuchung der Milch durch zahllose andere radioaktive Giftstoffe, wie Cäsium, Strontium.

Auch das Gemüseanbaugelände um Glückstadt ist bedroht, vor allem auch durch die Bewässerung durch verseuchtes Elbwasser, das durch die Gezeiten viele Male hin und her bewegt wird. Konsequenz ist auch die Bevölkerung Hamburgs gefährdet, die diese landwirtschaftlichen Produkte genießt. Hinzu kommt die mögliche Verstärkung der Wirkung der radioaktiven Strahlung durch die chemische Umweltverseuchung, wie sie von dem Chemie-Ballungszentrum bei Brunsbüttel, nur 16 km weiter, ausgeht. Dasselbe gilt natürlich für den Komplex um Stade auf der anderen Seite der Elbe. Zurecht weisen die Leute der Wilster Marsch darauf hin, daß die Elbe in Zukunft auch durch die in der DDR bei Magdeburg geplanten acht AKWs vorbelastet wird.

Schließlich sind die Einwohner Hamburgs direkt betroffen, weil im Fall noch nicht einmal der schlimmsten Katastrophe, wenn nur der Wind ungünstig weht, ein großer Teil sofort an der Strahlenkrankheit sterben, und ein weiterer Teil an heimtückischem Strahlenkrebs dahinsiechen wird.

Die Konzentration von AKWs an Watkand und Mündung der Elbe und sogar im Watt erklärt sich daher, weil die Kühlung und Abfuhr von 60 Prozent der erzeugten Energie durch das Wasser gebraucht wird, um die teuren Kühltürme zu sparen. Daß dadurch das biologische Gleichgewicht der Elbe gestört wird, die Fischerei schwer geschädigt oder verhindert wird, Nebel entsteht, der zu Schiffskollisionen führt, all das kümmert die Kapitalisten wenig, all das wird von den ihnen zuarbeitenden Gutachtern auf höchst fragwürdige Weise verniedlicht und geleugnet.

Weiter kämpft die Bevölkerung der Wilster und Kremper Marsch gegen die menschenfeindliche Industrieansiedlung, die im Gefolge des AKW zu erwarten ist, allen Versicherungen zum Trotz. Der Lüge, Atomenergie sichere Arbeitsplätze, halten sie zurecht entgegen: Erstens dient der Strom dazu, zu automatisieren und zu rationalisieren, was im Kapitalismus allemal Vernichtung von Arbeitsplätzen und damit verstärkte Arbeitslosigkeit heißt. Und zweitens ist die dort angesiedelte Industrie – Chemiewerke vor allem – ohnehin durch eine sehr geringe Zahl von Arbeitsplätzen ausgezeichnet.

Die BUU, ermutigt durch zahllose Solidaritätsbekundungen, ruft auf zur erneuten Kundgebung am 13. 11. Vorher wird auf einer Weide direkt neben dem Bauplatz ein Protest-Camp ab Mitte nächster Woche errichtet.

Die Lösung ist: Der Bauplatz muß wieder Weide werden. Kein AKW in Brokdorf und auch nicht anderswo! Und ich füge hinzu – denn das ist die Perspektive des Kampfes: Für eine Energieversorgung unabhängig von den Supermächten und in Zusammenarbeit mit der Dritten Welt!



Aus der Presseerklärung der BUU vom 20.11.76:

SIND WIR DEM ZIEL, DAS AKW ZU VERHINDERN, NÄHER GEKOMMEN ?

Wir glaubendiese Frage mit 'Ja' beantworten zu können, und zwar aus folgenden Gründen:

- Die Auseinandersetzungen um das AKW Brokdorf haben zu einer breiten Mobilisierung großer Teile der Bevölkerung geführt. Viele Menschen haben mit Entschiedenheit ihr legitimes Recht auf Leben und gesunden Lebensraum verteidigt und sich auf eine Konfrontation mit der Staatsmacht vorbereitet.
- Die öffentliche Entrüstung um die Vorfälle in Brokdorf ist im In- und Ausland gewachsen. Das zeigt sich an einer Flut von Solidaritätserklärungen und Angeboten von finanzieller und personeller Unterstützung. Die Vorfälle haben nicht zu einer Resignation sondern zu einer Stärkung des Widerstandes geführt.
- Vielen Menschen ist klar geworden, wessen Interessen die Regierungen in Kiel und Bonn vertreten; nämlich die der Atomindustrie, gegen den erklärten Willen der Bevölkerung. Das zeigt sich auch daran, daß die brutalen Übergriffe der Polizei und des Bundesgrenzschutzes gegen die Bevölkerung von Regierungsseite gedeckt werden.

Wir wissen, daß es eine Illusion ist zu glauben, daß wir durch die Ereignisse an den letzten Wochenenden eine Grundlage für erfolgreiche Verhandlungen mit Politikern erreicht haben. Wir lassen uns durch Parteigezänk, durch vage Diskussionen über rechtliche Möglichkeiten, durch Angebote zu Gesprächen mit Politikern nicht davon abbringen, den Bau des AKW noch entschiedener als bisher zu verhindern. Deshalb erklären wir:

Wir wollen kein AKW in Brokdorf und anderswo. Wir haben erfahren, daß wir durch Verhandlungen, Gespräche mit Politikern, Podiumsdiskussionen und Erörterungstermine allein unser Recht nicht bekommen. Wir halten es deshalb auch für unser legitimes Recht, den Bau des AKW am Platz zu verhindern und bereiten uns darauf vor. Wir wissen, daß unser Gegner nicht die Polizei ist sondern die Verantwortlichen in Kiel und Bonn und in der Industrie. Unsere Kraft sind die richtigen Argumente, die Entschlossenheit großer Teile der Bevölkerung und ihre offene Entrüstung. Unsere Forderungen sind unverändert:

- ABZUG DER POLIZEI
- ABZUG DES WERKSCHUTZES
- WEG MIT DEN BAUMASCHINEN
- KEINE VERHANDLUNGEN, BEVOR DER BAU NICHT GESTOPPT IST, UND NUR ÖFFENTLICHE VERHANDLUNGEN
- EINSTELLUNG ALLER ERMITTLUNGSVERFAHREN UND STRAFVERFOLGUNGEN
- SCHLUSS MIT DEN BÜRGERKRIEGSMANÖVERN
- KEIN AKW IN BROKDORF ODER ANDERSWO, KEINE WIEDERAUFBEREITUNGSANLAGE

Jens Scheer

REDE AUF DER KUNDGEBUNG GEGEN DIE KRIMINALISIERUNG VON ATOMKRAFT-
GEGNERN IN HANNOVER AM 10.6.78

Liebe Freunde,
Sie wollen uns im Knast begraben, denn wir kämpfen gegen Atomanlagen. Sie haben versucht, uns zu spalten in "friedliche" und "Gewalttäter", in Demokraten und Kommunisten, aber sie haben gemerkt: Wir haben zusammengehalten, iwr haben uns nicht trennen lassen nach den Vorstellungen über die Form des Widerstandes, nach Parteizugehörigkeit und Weltanschauung, denn uns eint da s gemeinsame Ziel: Weg mit dem Atomprogramm! Weil es um zigmilliarden-Profitte geht, will der Staat sein Programm mit allen Mitteln, mit aller Gewalt durchsetzen. Wir haben die Gewalt nicht erfunden, wir haben sie vorgefunden! Sie haben aus Unrecht "Recht" gemacht - dagegen wird für alle Widerstand zur Pflicht!

Als sie uns nicht spalten konnten, versuchten sie uns einzuschüchtern und zu unterdrücken.

Wenige sind angeklagt und verurteilt - gemeint sind wir alle! So sind auch seit kurzem mein Genosse Uli Lenze und ich als Die zwei Verantwortlichen für die Demonstrationen von Brokdorf II und III angeklagt - Es will ind die Polizistenhirne, in die Juristenhirne nicht hinein, daß unsere Bewegung keine Rädelsführer, keine Drahtzieher hat, sondern daß jeder von uns selbstverantwortlich und selbständig den gemeinsamen Kampf führt.

Was? hier vorgeht - dieser Polizeiterror, dieser Justizterror - das wirft ein Schlaglicht darauf, was heute in die em Staat schon wieder möglich ist -

wie Razzengesetz, wie Todesschußgesetz, wie Kontaktsperregesetz - das sind Maßnahmen, die sich gegen jeden richten, der für sein Recht selbständig eintritt - ob Arbeiter im Streik, ob Bauer bei der Treckerblockade. Das sind Schritte in den offenen Unrechtsstaat, das zeigt die faschistische Gefahr!

Das muß jeden empören, jeder ist aufgerufen zum Protest, dem es um elementare demokratische Rechte geht - gleich wie er zur Atomenergie steht, gleich wie er zum Grundgesetz steht, ob er glaubt, unter Berufung darauf seine Rechte einklagen zu können, oder ob er meint, daß es selbst zur Unterdrückung dient, gleich wie sonat seine politischen Ansichten und Überzeugungen sind.

Diesen Angriff auf demokratische Rechte tut not, damit wir den Kampf gegen Atomanlagen weiter konkret und massenhaft führen können - in Gorleben, in Esenshamm (wo vor kurzem der Lügenpavillon der NWK besetzt wurde und wo wir die Einschaltung ganz gewiß nicht hinnehmen werden), in Brokdorf, in Grohnde, Wyhl, Kalkar und anderswo.

Viele, die zunächst nur empört sind über diese Terrorurteile, auch und vor allem in der Arbeiterschaft, werden im Verlauf des Kampfes dagegen auch zu Mitstreitern gegen das Atomprogramm werden.

Wenn wir in diesem Sinne weitermachen, dann bin ich sicher:

SIE WERDEN UNS NICHT IM KNAST BEGRABEN - was verschwinden wird, sind die Atomanlagen - und die Bauplätze werden wieder Wiese werden!



U. Lenze und J. Scheer am Bauplatz am 13.11.76